

ZENTRALER RECHTSDIENST
ZRD



An die begutachtenden Stellen laut Verteiler

Wien, am 10.03.2015

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl
Ihre Nachricht vom

Unsere Geschäftszahl
BMLFUW-LE.5.7.2/0003-RD
3/2015

Sachbearbeiter(in)/Klappe
Dr. Prasnikar
6663

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985 und das Land- und forstwirtschaftliche Landesvertragslehrpersonengesetz 1969 geändert werden, Begutachtungs- und Konsultationsverfahren

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft übermittelt in der Anlage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985 geändert wird, mit dem Ersuchen um Stellungnahme per E-Mail an die Adresse begutachtung@bmlfuw.gv.at bzw. schriftlich in zweifacher Ausfertigung bis längstens

15. April 2015

Sollte bis zu diesem Zeitpunkt keine Stellungnahme eingelangt sein, so darf Bedenkenfreiheit angenommen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass gegenständlicher Entwurf im Rechtsinformationssystem des Bundes elektronisch verfügbar ist (<http://ris.bka.gv.at/>).

Gleichzeitig wird ersucht, eine Ausfertigung der Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates an die Adresse begutachtungsverfahren@parlament.gv.at zu senden.



Gegenständlicher Entwurf wird den gegenbeteiligten Gebietskörperschaften unter Hinweis auf die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999, zur Stellungnahme bis längstens

15. April 2015

übermittelt.

Es wird angemerkt, dass die Aussendung zur Begutachtung nur auf elektronischem Weg erfolgt.

Beilagen

Für den Bundesminister
SC Dr. Jäger

Elektronisch gefertigt

Verteiler

das Präsidium des Nationalrates zur Kenntnis (Information der Parlamentarischen Klubs)
das Bundeskanzleramt
das Bundeskanzleramt / Sektion III-Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation
die Staatssekretärin für Verwaltung und Öffentlichen Dienst, Mag. Sonja Stessl
der Datenschutzrat, z.H. des Büros des Datenschutzrates
das Bundesministerium für Finanzen
das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft
das Bundesministerium für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien
das Bundesministerium für Bildung und Frauen
das Bundesministerium für Familie und Jugend
das Bundesministerium für Gesundheit
das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
der Rechnungshof
die Volksanwaltschaft
das Amt der Burgenländischen Landesregierung
das Amt der Kärntner Landesregierung
das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
das Amt der Salzburger Landesregierung
das Amt der Steiermärkischen Landesregierung
das Amt der Tiroler Landesregierung

das Amt der Vorarlberger Landesregierung
das Amt der Wiener Landesregierung
die Verbindungsstelle der österreichischen Bundesländer beim Amt der
Niederösterreichischen Landesregierung
der Österreichische Gemeindebund
der Österreichische Städtebund
die Wirtschaftskammer Österreich
die Bundesarbeitskammer
die Landwirtschaftskammer Österreich
der Österreichische Landarbeiterkammertag
die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst-Bundesvertretung der Landwirtschaftslehrer/innen
der Bundesverband der Elternvereinigungen an mittleren und höheren Schulen
die Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik Wien
die Österreichische Gesellschaft für Schule und Recht
die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst -Bundesvertretung BMHS